



RAUM DIALOG

Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich

Nr. 4/2012

Dialog lokal im Spiegel der Zeit
Dorf- und Stadterneuerung: Hilfe zur
Selbsthilfe in Stadt und Land.

Seite 9

Dialog regional im Spiegel der Zeit
Am Anfang war das Konzept: Planung
im erweiterten Aktionsradius.

Seite 12

Dialog NÖ im Spiegel der Zeit
EU-Regionalpolitik
in Niederösterreich

Seite 21



aktuell:

40 Jahre Abteilung Raumordnung: Von den „Grünen Engeln“
zur Drehscheibe der Landesentwicklung.





Inhalt



IMPRESSUM RAUMDIALOG:
Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik
in Niederösterreich.

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER:
Amt der NÖ Landesregierung,
Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr –
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

REDAKTION:
Gilbert Pomaroli, Christina Ruland
Amt der NÖ Landesregierung,
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten,
Tel.: 02742 / 9005 / 14128
E-Mail: christina.ruland@noel.gv.at
Redaktionelle Mitarbeit:
Dominik Dittrich, Marianne Vitovec (alle
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik)

Namentlich gezeichnete Artikel müssen
nicht mit der Meinung der Redaktion
übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte
Beiträge wird keine Haftung übernommen.
Die Redaktion behält sich das Recht vor,
Beiträge zu überarbeiten und zu kürzen.

ABBILDUNGEN:
Alle Fotos, die nicht extra gekennzeichnet sind,
stammen aus unserem Archiv oder von
www.shutterstock.com

**GRAFISCHE KONZEPTION
UND UMSETZUNG:**
www.horvath.co.at

ÜBERSETZUNGEN:
Mandana Taban, www.wordpool.at

DRUCK:
Ueberreuter Print GmbH, 2100 Korneuburg

ABONNEMENTS UND EINZELBESTELLUNG:
Die Zeitschrift „Raumdialog“
wird kostenlos abgegeben.
Abonnements und Einzelbestellungen richten
Sie bitte an die Redaktionsleitung
Tel.: 02742 / 9005 / 14128
Fax: 02742 / 9005 / 14170
E-Mail: christina.ruland@noel.gv.at

VERLAGS- UND ERSCHEINUNGSORT:
St. Pölten

OFFENLEGUNG LAUT § 25 MEDIENGESETZ:
Medieninhaber: Amt der NÖ Landesregierung,
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

**ERKLÄRUNG DER GRUNDLEGENDEN RICHTUNG
DER ZEITSCHRIFT:**
Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift
„Raumdialog“ informiert über den
Stand und die Entwicklung der Ordnung
und Gestaltung der räumlichen Umwelt in
Niederösterreich.

Thema 40 Jahre Raumplanung NÖ

Raumordnung und Regionalpolitik:

Ein Rückblick auf vier ereignisreiche Jahrzehnte. 4

Dialog lokal im Spiegel der Zeit

Örtliche Raumordnung:

Zwischen Gemeindeinteressen und gesetzlichen Vorgaben. 6

Dorf- und Stadterneuerung:

Hilfe zur Selbsthilfe in Stadt und Land. 9

Dialog regional im Spiegel der Zeit

Am Anfang war das Konzept:

Planung im erweiterten Aktionsradius. 12

Besonderheit Kleinregionen:

Ein niederösterreichisches Erfolgsrezept. 15

Dialog NÖ im Spiegel der Zeit

Landesraumordnung und Landesentwicklungsplanung:

Das „Ganze“ im Visier. 18

EU-Regionalpolitik in Niederösterreich:

Regionale Potentiale mit innovativen Ansätzen verbinden. 21

NÖ Landesstatistik:

Vom Rechenzentrum zur Servicestelle. 24

Zusammenfassung

English Summary 27

Der eilige Leser 28

Raumordnung NÖ: von den „Grünen Engeln“ zur Drehscheibe der Landesentwicklung.

Seit Anbeginn ihrer Tätigkeit ist die Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik ein ganz wichtiger Baustein zur Umsetzung der niederösterreichischen Landespolitik. Das galt schon für die ersten Jahre ihrer Tätigkeit, als die sogenannte Ordnungsplanung noch eindeutig im Vordergrund stand. Von einer breiten Bevölkerungsmehrheit wurde schon damals die zunehmende und ungeordnete Verbauung von Grund und Boden als negative Entwicklung erkannt und musste mit Instrumenten der überörtlichen Raumordnung sowie der Kontrolle der örtlichen Raumordnung durch die Amtssachverständigen – ich habe sie damals auch als „Grüne Engel“ bezeichnet – in geordnete Bahnen gelenkt werden.



Schon bald darauf hat die Abteilung ihre ersten Aufgaben im Sinne der Förderung und Initiierung von Entwicklungen erhalten und wahrgenommen: an prominentester Stelle stehen da natürlich die Aktionen „Dorf- und Stadterneuerung“ aber auch die Kleinregionalen Entwicklungskonzepte.

Standen diese Aufgaben zunächst noch scheinbar beziehungslos nebeneinander, so hat die Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik in den letzten Jahren endgültig den Schritt zur vollständigen Integration aller raumrelevanten Politiken vollzogen: Sichtbarstes Zeichen für diese Entwicklung war die Erstellung des NÖ Landesentwicklungskonzepts, als Ausgangspunkt der Strategie Niederösterreich.

So stehen gerade heute die Themenvielfalt, die Vernetzung mit den unterschiedlichsten Dienststellen der NÖ Landesverwaltung, aber auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb Österreichs sowie international auf dem täglichen Arbeitsplan der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik.

Erwin Pröll / Landeshauptmann von Niederösterreich

Raumordnung als politisches Ressort: eine Materie mit vielfältigen Beziehungen.

Die Raumordnung als politisches Ressort gibt es etwa gleich lange wie die entsprechende Abteilung der Landesverwaltung. In den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens war die politische Zuständigkeit für die Raumordnung nahezu durchgehend mit den Zuständigkeiten für Finanzen und Wohnbauförderung gekoppelt. Das intensive Naheverhältnis zwischen örtlicher Raumordnung und Wohnbau sowie die finanziellen Auswirkungen der Siedlungsentwicklung haben die Sinnhaftigkeit dieser Kombination unterstrichen. In den letzten Regierungsperioden wurde das Raumordnungsressort jedoch mit unterschiedlichen Themen kombiniert, und jede dieser Kombinationen hat ihren eigenen Charme.



Umwelt, Finanzen und Raumordnung hat gezeigt, dass es in der Raumordnung nicht nur um die Schaffung von Wohnraum geht, sondern dass die natürlichen Ressourcen im Zuge der Siedlungsentwicklung geschont und eine hohe Umweltqualität erhalten werden soll. Wirtschaft und Raumordnung stellen die Leistungen der Raumordnung für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes in den Vordergrund, etwa durch die Sicherung und Entwicklung geeigneter Betriebsstandorte, die Erhaltung und Entwicklung der weichen Standortfaktoren sowie die Rolle der Abteilung als kompetenter Gesprächspartner für die Wirtschaft.

Bildung, Jugend und Raumordnung zeigt als Synthese aus den vergangenen Kombinationen aktuell die Bedeutung der Wissensgesellschaft für die Entwicklung des Raums selbst sowie für die Entwicklung und den Einsatz von Strategien zu deren Steuerung. „Jugend“ steht in diesem Zusammenhang für den Zukunftsaspekt der Raumordnung und für ihre soziale Verantwortung.

Karl Wilfing / Landesrat für Bildung, Jugend und Raumordnung



Raumordnung und Regionalpolitik:

Ein Rückblick auf vier ereignisreiche Jahrzehnte.

Wenn Raumplanung zurückblickt, erscheint dies fast ein wenig paradox: Das Zukunftsinstrumentarium „Planung“ beschäftigt sich mit der Vergangenheit. Aber anlässlich eines runden Jubiläums wie dem 40jährigen Bestehen der Raumordnungsabteilung in Niederösterreich ist ein Blick zurück wohl auch in der Planung legitim.

40 Jahre Raumordnungsabteilung in Niederösterreich sind mehr als ein Jubiläum – sie beschreiben eine wachsende Abteilung, die mit immer umfangreicheren Aufgaben fertig werden muss, sie beschreiben die Arbeit an einer Querschnittsmaterie, deren Grundprinzipien Dialog und Nachhaltigkeit sein müssen, und sie beschreiben eine spannende Aufgabe, die immer mehr auch für jeden Einzelnen an Bedeutung gewinnt.

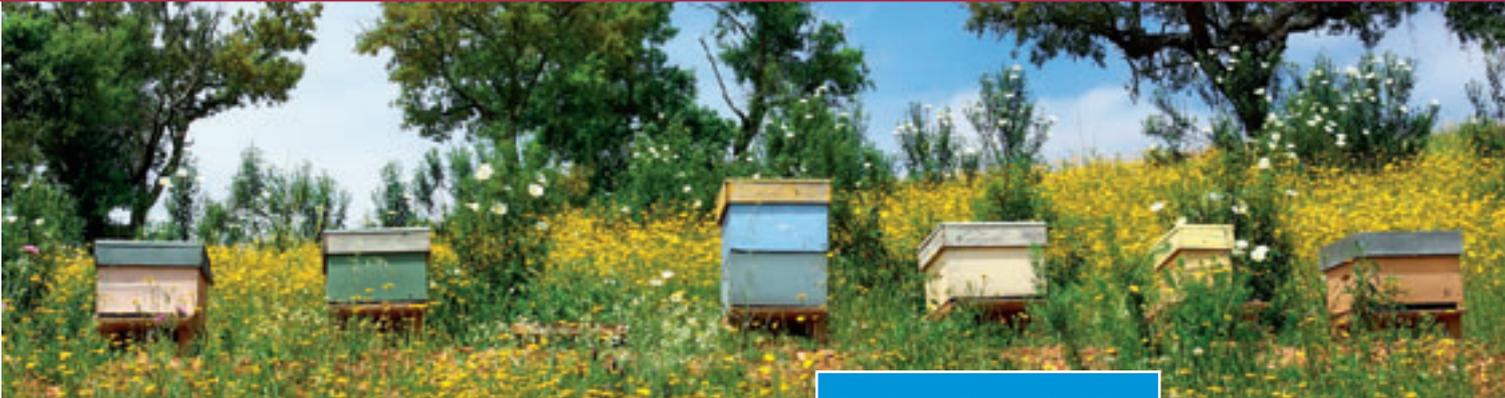
Turbulenter Neustart. Lange Zeit beschränkte sich Raumordnung in Niederösterreich auf ein Sachgebiet innerhalb der Baudirektion, wobei die Bauordnung als gesetzliche Grundlage galt. Als die Raumordnung in Niederösterreich mit der Erlassung des ersten NÖ Raumordnungsgesetzes 1969 neue Wege einschlug, wurde schließlich im Februar 1972 eine eigenständige Abteilung „Raumordnung“ ins Leben gerufen. Diese Abteilung – zusammengewürfelt aus Sachgebieten anderer Abteilungen – wurde Teil der Gruppe „Raumordnung und Umweltschutz“ (heute Raumordnung, Umwelt und Verkehr) und hat seit ihrer Gründung ihre Position nicht nur gefestigt, sondern ausgebaut und damit auch der Raumordnung in Niederösterreich zu einem neuen Stellenwert verholfen.

Schwierige Raumfrage. Nicht nur die Entstehungsgeschichte unserer Abteilung war turbulent, sondern auch die Frage des Standorts: In den ersten zwanzig Jahren der Raumplanung wechselten die Lokalitäten innerhalb Wiens mehrfach, und die „Projektgruppe“ war in der Südstadt angesiedelt. Im Zuge der Gründung der Landeshauptstadt schlugen die MitarbeiterInnen der Abteilung, gleichsam als Bannerträger für die damit einhergehende Regionalisierung, ihre Zelte in allen Landesvierteln

auf, sodass sich Außenstellen in St. Pölten, Baden, Krems, Hollabrunn und in der Südstadt fanden.

Wachsendes Aufgabenspektrum. Neben diesen Raumrochaden hat sich aber auch die Abteilungsstruktur verändert. Entsprechend ihrer Entstehung aus der NÖ Baudirektion wurde die Abteilung mehr als 20 Jahre lang von der Örtlichen Raumordnung dominiert. Nach der Gründung der Landeshauptstadt und der folgenden Übersiedlung sowie dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union gewannen die „Stützpfeiler“ Sektorale Landesraumordnung (Landesentwicklungsplanung), Regionalplanung und EU-Regionalpolitik zunehmend an Bedeutung für das Gesamtbild der Abteilung. Dieses hatte sich in der Zwischenzeit wesentlich verbreitert, wie die Aufgabenbereiche der Dorf- und Stadterneuerung und der NAFES (NÖ Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Einkaufs in Stadtzentren) oder das bewusste Betreiben gezielter Öffentlichkeitsarbeit zeigen. Raumordnung hat sich als Querschnittsmaterie erwiesen, knüpft immer weiter reichende Verbindungen zu anderen raumwirksamen Sachbereichen und gewinnt so auch für den Einzelnen immer mehr an Bedeutung. So hat sich in den vergangenen 40 Jahren – abgesehen von strukturellen Neuordnungen in Abteilung und Gruppe – nicht nur die Anzahl der MitarbeiterInnen der Raumordnungsabteilung vergrößert, auch die Aufgaben sind im Laufe der Zeit geradezu exponentiell gestiegen.

Vielerlei Meilensteine. Vielleicht waren es die Wechselbäder, immer wieder aber auch Zufälle, die dafür gesorgt haben, dass die Abteilung an Bedeutung gewonnen hat – jedenfalls ist es der Raumordnung in Niederösterreich während



Geordnetes Planen, Weitblick,
Strategie, Vernetzung,
nachhaltige Lösungen –
das macht Raumplanung aus.

der letzten 40 Jahre gelungen, wichtige Akzente zu setzen. Ausgehend vom Meilenstein „NÖ ROG 1976“ konnten die Gemeinden von der simplen Flächenwidmung und Bebauungsplanung zur konzeptiven Ortsplanung geführt werden. Weiters wurden Regionale Raumordnungsprogramme mit ordnungspolitischer Ausrichtung ein- und umgesetzt, die Mineralrohstoffvorsorge geregelt oder die nachhaltig wirkende Zusammenarbeit in Kleinregionen unseren Gemeinden schmackhaft gemacht.

Gewandelte Strukturen. 1996 wurde die Gruppe GR „Raumordnung und Umweltschutz“ neu strukturiert: Unter der neuen Bezeichnung RU „Raumordnung und Umwelt“ – 2002 wurde die Bezeichnung auf „Raumordnung, Umwelt und Verkehr“ erweitert – wurden sieben Abteilungen zusammengefasst, und aus der Abteilung R/2 „Raumordnung“ wurde RU2 „Raumordnung und Regionalpolitik“.

Vorbildliches Urgestein. Einer, der alle Entwicklungstürme und Raumrochaden wie der berühmte Fels in der Brandung durchgestanden hat, ist Dr. Gerhard Silberbauer, der 30 Jahre lang – von ihrer Gründung bis zum August 2001 – die Geschicke der Abteilung gelenkt und den wachsenden Stellenwert der Raumordnung gestützt und untermauert hat. Er hat nicht nur aus dem Sachgebiet „Dokumentation und Grundlagenforschung“ der Presseabteilung, dem Sachgebiet „Raumordnung“ in der Baudirektion und der Statistik (ab 1985) eine Abteilung geformt. Gerhard Silberbauer hat vielmehr dafür gesorgt, dass sie trotz vieler verschiedener Aufgabenbereiche, die den einzelnen Handlungsebenen von Raumplanung entsprechen, zu einem homogenen, untereinander abgestimmt agierenden und kommunizierenden – und zwar nach innen und außen – Mitarbeiterstab geworden ist. Seinen Visionen verdanken wir die gute Basis, auf der wir heute eine erfolgreiche Landesentwicklung unterstützen können und den festen Stand, mit dem wir als Schnittstelle in vielerlei Entwicklungsprozessen agieren. Für die Erarbeitung dieser Basis gebührt ihm nicht nur Anerkennung, sondern auch unser Dank.

Künftiger Dialog. „Planung ist Kommunikation“ lautet ein oft gebrauchter Grundsatz. Er zielt jedoch nicht nur darauf ab, dass es bei vielen Vorhaben und Strategien ratsam ist, den Dialog mit der Raumordnung zu suchen. Dieser Satz beinhaltet auch eine Aufgabe für die Zukunft: Wir müssen noch viel mehr als bisher die Bevölkerung in Planungsprozesse miteinbeziehen. Nur so können wir nachhaltige und effiziente Ergebnisse erzielen – und einen anderen Weg können wir uns angesichts der globalen Entwicklungen nicht mehr leisten. Kommunikation muss aber auch im Zuge von Kooperationen – ich denke hier an die interkommunale Zusammenarbeit – weiter intensiviert werden. Bürgerbeteiligung und Kooperation werden – neben anderen nötigen Veränderungen – wichtige Begleiter auf dem Weg in die Zukunft sein. Die Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik wird die Gemeinden auf diesem Weg bestmöglich unterstützen.

Ich wünsche mir für die nächsten 40 Jahre, dass die Raumplanung NÖ – vertreten durch die Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik – auch weiterhin als verlässlicher Partner geschätzt wird. Meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wünsche ich weiterhin Freude an ihrer Arbeit sowie viel Kraft für den täglich benötigten Arbeitseifer und möchte an dieser Stelle auch ein Wort des Dankes an jeden und jede Einzelne(n) richten. ■



Örtliche Raumordnung:
**Zwischen Gemeindeinteressen
und gesetzlichen Vorgaben.**

Das Sachgebiet der Örtlichen Raumordnung in der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik kennt man als Team von zwölf engagierten RaumplanerInnen, die im Zuge ihrer Gutachtertätigkeit auch darum bemüht sind, die Gemeinden in ihren Raumordnungsstrategien bestmöglich zu unterstützen. Der Weg zu diesem umfassenden und qualitätsvollen Service führt über mehrere Stationen.



Mit dem Blick auf das Ganze ...

Eine Abteilung wird geboren. In den 1960ern war die Tätigkeit der Sachverständigen noch in einer Planungsstelle der Baudirektion angesiedelt. Ambitionierte Sachverständige betreuten damals erste Gemeindeplanungen, aber auch Landesplanungen wie die Wachaustraße. Mit der Zunahme der Aufgaben stiegen auch die Anforderungen an die Struktur der Organisation. So entstand im Jahr 1972 aus einer Planungsstelle und der 1969 aufgebauten „Dokumentations- und Grundlagenforschungsstelle“ die Raumordnungsabteilung, die sich in mehrere Sachgebiete gliederte.

Ein Sachgebiet definiert sich. Die GebietsbearbeiterInnen des jungen Sachgebiets Örtliche Raumordnung hatten nun den heiklen Auftrag, einerseits die Beratung und Unterstützung der Gemeinden in Angelegenheiten der Raumordnung durchzuführen, andererseits als Amtssachverständige im aufsichtsbehördlichen Genehmigungsverfahren die Flächenwidmungspläne und Örtlichen Raumordnungsprogramme fachlich



Foto: Karl Grimm Landschaftsarchitekten



Foto: Archiv



Foto: Archiv

... viele Einzelfragen lösen –
das ist der Alltag
der Ortsplanung.

zu begutachten. Diese Doppelfunktion hat sich rückblickend insofern bewährt, als es in den Anfängen der Raumordnung in Niederösterreich dringend erforderlich war, die fachlichen Inhalte in die autonomen Gemeinden zu transportieren und das Problembewusstsein, besonders für die in den Nachkriegs- und Folgejahren entstandenen Fehlentwicklungen, zu wecken. Durch das mit der Aufklärungsarbeit erworbene Hintergrundwissen und die Raumkenntnis konnten gleichzeitig wertvolle Synergieeffekte für die Gutachtertätigkeit erzielt werden.

Ein Gesetz wird neu ausgerichtet.

Die Anliegen der Raumordnung wurden damit auch verstärkt Thema in den Gemeinden. Gleichzeitig mit der Ausarbeitung Vereinfachter Flächenwidmungspläne für viele Orte und Städte wurden in fortschrittlicheren Gemeinden bereits erste Örtliche Raumordnungsprogramme erlassen. Da letztere schon auf umfangreichere Grundlagenerhebungen und Untersuchungen aufbauten, waren ihre Lenkungseffekte gezielter. Aber auch hier verführte ein zu großer Optimismus zu übertriebenen Baulandreserven, innerhalb derer an mehreren Rändern gleichzeitig Bauführungen stattfanden. Lückenhafte Entwicklungen wurden begünstigt statt unterbunden. Die Folgen waren ein erheblicher Anstieg der Aufwendungen für die Infrastruktur und neue schwere Belastungen für den Gemeindehaushalt. Diese Zusammenhänge aufzuzeigen und Lösungen anzubieten, wurde die Hauptaufgabe der Gebietsbearbeiter des Landes.



Foto: Archiv

Die meist mangelnde Verfügbarkeit der gewidmeten Flächen verschärfte die Situation. So wurde häufig trotz hoher Baulandreserven eine neuerliche Erweiterung erforderlich, weil das gewidmete Bauland gehortet und nicht seiner bestimmungsgemäßen Verwendung zugeführt wurde. Das NÖ Raumordnungsgesetz 1968 hatte für solche Entwicklungen keine geeigneten Richtlinien. Wertvolle Erfahrungen während der Anwendung sowie veränderte Problemlagen und neue Anforderungen im Umweltschutz führten zur Neukonzeption des NÖ Raumordnungsgesetzes. Mit dem NÖ Raumordnungsgesetz 1976 wurde ein sehr effizientes Instrument geschaffen, das mit seinen zwischenzeitlich erfolgten Novellen die Erstellung der Örtlichen Raumordnungsprogramme bis heute lenkt.

Das Raumordnungsbewusstsein steigt.

Es hat 40 Jahre gedauert, bis alle 573 Gemeinden in Niederösterreich Örtliche Raumordnungsprogramme erlassen hatten. Je nach Engagement und Planungsbewusstsein verfügen aber zahlreiche Gemeinden über mehrmals bearbeitete Ortsplanungen der fünften Generation mit einem Örtlichen Entwicklungskonzept, das die Strategien für die beabsichtigte Entwicklung vorsieht. Die Baulandmobilisierung wird mit Maßnahmen wie Vertragsraumordnung und Bodenpolitik unterstützt.

Dialog lokal im Spiegel der Zeit



Foto: digitvince



Foto: Archiv



Foto: digitvince

Planungsgrundlagen entwickeln sich weiter.

Das Zeitalter von Geographischen Informationssystemen und des Internets hat auch den Arbeitsalltag der Sachverständigen für Örtliche Raumordnung ganz maßgeblich verändert. Dabei soll hier gar nicht von den Textverarbeitungsprogrammen oder

Das Sachgebiet für Örtliche Raumordnung beschränkt sich allerdings nicht darauf, vorhandene Informationen zu nutzen, es wirkt auch selbst aktiv an der Erarbeitung praxisorientierter Hilfsmittel mit, die die Gemeinden bei ihrer Raumplanung unterstützen sollen. Der „Energieausweis für Siedlungen“ und der „Niederösterreichische Infrastrukturkostenkalkulator“ sind nur die beiden prominentesten Beispiele für solche Instrumente.



Was verbindet das Einkaufszentrum mit der Raumordnung? – Die „Branchenvielfalt“!

vom elektronischen Akt die Rede sein. Über die neuen Medien stehen wichtige Fachinformationen täglich und einfach zur Verfügung, die einen intensiven Bezug zur Örtlichen Raumordnung aufweisen. Das reicht von der geologischen Karte und der elektronischen Bodenkarte über Informationen zum Thema Naturgefahren (Abflussbereiche, Ereignisdokumentationen) bis hin zu Informationen über den Naturschutz oder online-Lärmrechner.

Lokales Handeln nutzt globales Denken. Die Örtliche Raumordnung ist durch die österreichische Bundesverfassung nicht ohne Grund der autonomen Gemeinde überantwortet. Lokales Wissen ist eine ganz wesentliche Voraussetzung für die wirkungsvolle Ausarbeitung und Umsetzung von örtlichen Entwicklungsstrategien. Seit dem EU-Beitritt wurden die Herausforderungen an die Örtliche Raumordnung allerdings von der nationalen auf eine kontinentale Ebene gehoben: Die Umsetzung der NATURA 2000-Richtlinien und jener zur Strategischen Umweltprüfung sowie die internationalen Bemühungen um den Klimaschutz sind auch an der Örtlichen Raumordnung nicht spurlos vorbeigegangen. Die Rolle der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Sachgebiets für Örtliche Raumordnung liegt dabei einmal mehr in der Vermittlung: Überörtliche Zielsetzungen müssen in der örtlichen Ebene und in den dort angesiedelten Entscheidungsstrukturen quasi „auf den Boden gebracht“ werden, und umgekehrt kann das Wissen um die örtliche Wirksamkeit der eingesetzten Instrumente den Blick auf das Machbare für die überörtliche Entscheidungsebene stärken.



Dorf- und Stadterneuerung:

Hilfe zur Selbsthilfe in Stadt und Land.

Niederösterreich hat im Jahr 1985 als erstes Bundesland Richtlinien zur Dorferneuerung beschlossen und damit den Grundstein zu einer einzigartigen Erfolgsstory und Bürgerbewegung gelegt. 1992 wurde diese Aktion mit der Stadterneuerung auf die Städte ausgeweitet. Dorf- und Stadterneuerung sind als Hilfe zur Selbsthilfe gedacht und werden von örtlichen Initiativen getragen.



Foto: NÖ Dorf- und Stadterneuerung

Leitgedanke der Ausgangsidee „Dorferneuerung“ war zunächst, das dörfliche Selbstbewusstsein, die Eigenverantwortlichkeit sowie die Fähigkeit zur Zusammenarbeit in der Gemeinschaft zu wecken bzw. zu festigen. Andererseits sollten die beiden Aktionen, die auf das Prinzip der Bürgerbeteiligung setzen, den damals neuen Denkansätzen der eigenständigen Gemeinde- und Regionalentwicklung, einer BürgerInnenbewegung zum Schutz historischer Bausubstanz sowie Initiativen zur Abfederung des rasanten agrarischen Strukturwandels zur Umsetzung verhelfen. Weitere Ziele waren von Anfang an die verstärkte Besinnung auf kulturelle Werte sowie die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation.

Mit 27 Jahren kein „alter Hut“. Auch im Jahr 2012 trifft die Dorferneuerung noch immer brennende Anliegen unserer Gesellschaft: Die fortschreitende Globalisierung verstärkt die Suche der Menschen nach dem Überschaubaren und Nahen. Die rasant gewachsenen technischen Möglichkeiten einer weltweiten technischen Kommunikation lassen das Bedürfnis nach persönlichen Begegnungen wachsen. Und der demographische Wandel verheißt manchen ländlichen Regionen wenig Gutes. Trotzdem oder vielleicht deswegen sehnen sich viele Menschen nach dem Landleben. Ein besonderer Erfolgsfaktor der NÖ Dorferneuerung ist, dass die örtliche Dorferneuerung als intensiver Prozess des miteinander Redens,

Dialog lokal im Spiegel der Zeit



Foto: Markus Berger



Foto: Markus Berger



des Zuhörens, des gemeinsamen Nachdenkens, Planens, Arbeitens und Feierns gesehen wird. Institutionalisierte BürgerInnenbeteiligung, tausende ehrenamtliche Arbeitsstunden, Ganzheitlichkeit und Prozesshaftigkeit statt Aktionismus und alleinstehender Einzelprojekte sowie vierjährige externe professionelle Begleitung sind viel bewunderte Qualitätszeichen der NÖ Dorferneuerung geworden.

Auf aktuelle Themen fokussiert. In den Neunzigerjahren wurde ergänzend zur materiellen die „Geistige Dorferneuerung“ proklamiert, und im Jahr 2010 – zum 25jährigen Jubiläum – zusätzlich die „Soziale Dorferneuerung“ eingeleitet. Diese jüngste Säule sieht im Altwerden unserer Gesellschaft nicht nur eine Last, sondern auch eine Chance, bieten doch die rüstigen SeniorInnen ein gewaltiges Potential gerade für Tätigkeiten im sozialen Bereich. Damit kann die Soziale Dorferneuerung auch Einfluss auf einen nötigen Strukturwandel im Leistungsangebot der Gemeinden nehmen. Teilgebiete der Sozialen Dorferneuerung sind neben dem breit gefächerten Generationenthema auch Integration, Barrierefreiheit, Chancengleichheit, das Heranführen von Jugendlichen zur Dorfgemeinschaft oder Bildung und Wissensgesellschaft.

Anspruch auf Nachhaltigkeit. Als Anknüpfungspunkt an die Österreichische und Niederösterreichische Nachhaltigkeitsstrategie wurde 2004 die Lokale Agenda 21 (LA 21) als zusätzlicher Baustein in die NÖ Dorferneuerung integriert. Der niederösterreichische Weg zur ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit – dies entspricht den drei Säulen der LA 21 – wurde als „Gemeinde21“ (G21) etabliert und versucht im Sinne einer wirtschaftlichen Dorferneuerung Antworten auf die großen Herausforderungen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftssituation zu finden.



Foto: Markus Berger

Dorf- und Stadterneuerung erziehen durch das Miteinander der Bevölkerung nicht nur zum gemeinsamen Planen, sondern vermitteln auch Freude am Ergebnis.

Erweiterter Aktionsradius. 1992 hat der damals „frisch gebackene“ Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll als Ergänzung zur Dorferneuerung die NÖ Stadterneuerung ins Leben gerufen, mit dem Auftrag zu prüfen, ob Gemeindeentwicklung mit Bürgerbeteiligung auch in den Städten erfolgreich sein kann. Nach einer erfolgreichen Evaluierung wurde die Aktion wegen des großen Interesses auf immer mehr Städte ausgedehnt, sodass bis heute 80% aller Städte in NÖ an dieser Aktion ein- oder bereits mehrmals teilgenommen haben.

Diese große Anzahl an teilnehmenden Städten und die jährlich vorliegenden zahlreichen Anmeldungen um Neu- oder Wiederaufnahme in die Stadterneuerung geben der Aktion recht und zeigen, wie nachhaltig ihre Erfolge sind.



Foto: NÖ Dorf- und Stadterneuerung



Foto: NÖ Dorf- und Stadterneuerung



Foto: Markus Berger



Foto: Markus Berger

Erfolgreiche Qualitätssicherung. Städte stellen den Angelpunkt der Entwicklung einer Region dar und prägen entscheidend deren Image. Die davon abhängigen weichen Standortfaktoren stellen für die Standortwahl und Ansiedlung von Betrieben ein entscheidendes Kriterium dar. Die Stadterneuerung in Niederösterreich unterstützt die Städte bei der Sicherung und Weiterentwicklung ihrer Standortqualitäten durch Formulierung eines nachhaltigen Leitbildes mit umfassenden Maßnahmen (Stadterneuerungskonzept). So entsteht für jede Stadt ein für ihre Entwicklung individuell zugeschnittener Fahrplan. Durch BürgerInnenbeteiligung soll zudem die rasche und effiziente Umsetzung der Maßnahmen erreicht werden.

Europäische Dimension. Die NÖ Stadterneuerung hat von Anfang an den Förderprogrammen der Europäischen Union entsprochen und konnte sich diesbezüglich große Erfahrung aneignen, die an die Partnerstädte für die Umsetzung ihrer Projekte weitergegeben wurde. Die in den letzten drei EFRE-Förderperioden (1995 bis 2013) im Bereich „Stadterneuerung und -entwicklung in Niederösterreich“ gesetzten Maßnahmen und Projekte haben das Bild der Bevölkerung von der Europäischen Union durchwegs positiv beeinflusst. Den BürgerInnen wurde bewusst, dass finanzielle Mittel der EU tatsächlich in ihrer Region verwendet werden.

Die NÖ Dorferneuerung ist abseits der europäischen Förderschienen Teil einer europäischen Dorferneuerungsbewegung geworden, die in der Europäischen ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung – unter dem Obmann Dr. Erwin Pröll – organisiert ist.

Vernetzt in die Zukunft. Sowohl Dorf- als auch Stadterneuerung unterstützen themenorientierte Netzwerke, bei denen mehrere Partner zu einem bestimmten Sachthema zusammenarbeiten und so Synergieeffekte nutzen. Im Rahmen der Stadterneuerung wurden Städte-Netzwerke zur Stadterneuerung allgemein sowie zu den Themen „Nachhaltige

Stadtentwicklung“, „Ortskernbelebung“, „Jugend“ und „Stadtmauern“ aufgebaut. Die Dorferneuerung unterstützt gegenwärtig das Netzwerk „Soziale Dorferneuerung“ zu den Themen Jugend, Integration und Generationen, das Netzwerk „Klimaschutz“ sowie das Netzwerk „Identität“, über das auch die Themendörfer betreut werden.

Während die NÖ Dorferneuerung ein geschätzter Partner und Impulsgeber in der Europäischen ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung ist, hat auch die NÖ Stadterneuerung internationale Anerkennung „geerntet“: So wurde die Aktion beim Internationalen Dubai Award durch UN Habitat als „Best Practice“ weltweit ausgewählt. Von der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission wurde die Stadterneuerung in NÖ eingeladen, das erfolgreiche Projekt bei den Open Days während der European Week of Regions and Cities als Vorzeigeprojekt zu präsentieren. 2012 wurde die Stadterneuerung für den prestigeträchtigen Regiostar als Vertreter Niederösterreichs nominiert – beste Voraussetzungen also für die weitere Arbeit. ■

Dorferneuerung in Niederösterreich

- 27 Jahre
- 1 670 Dörfer
- ca. 6 300 Projekte

Stadterneuerung in Niederösterreich

- 20 Jahre
- 60 Städte
- ca. 900 Projekte

Am Anfang war das Konzept:

Planung im erweiterten Aktionsradius.

Die Entwicklung der überörtlichen Planungen in Niederösterreich im Rahmen der Raumordnung ist untrennbar mit der Entwicklung ihrer gesetzlichen Regel- und Lenkungsmechanismen verbunden. Dazu gehören auch Regionale Raumordnungsprogramme.



Mit dem NÖ Raumordnungsgesetz 1968 (NÖ ROG 1968) wurden die gesetzlichen Voraussetzungen für überörtliche Planungen bzw. überörtliche Raumordnungsprogramme geschaffen. Die Erfahrungen, die bei der Anwendung dieses Gesetzes in der Raumordnungspraxis gemacht wurden, führten schließlich zu einer Überarbeitung der Gesetzesmaterie und in der Folge im Abschnitt „Überörtliche Raumordnung“ zu sehr detaillierten Bestimmungen über die Leitziele, den Inhalt und den Geltungsbereich (gesamtes Landesgebiet, Planungsregion, Planungszone und Sachgebiete der Raumordnung).

Mit diesem Rüstzeug für die PlanerInnen wurden 1975 die umfangreichen Grundlagenuntersuchungen und Planungen für die Regionalplanung des Wiener Umlandes begonnen. Um auf die im südlichen Wiener Umland drängenden Probleme wie starken Siedlungsdruck und ausufernde Siedlungstätigkeit, den dadurch hervorgerufenen Verlust an Grünland sowie landwirtschaftlichen Flächen und die Gefahr des Zusammenwachsens der Siedlungsgebiete schnell reagieren zu können, wurde im Jahr 1978 ein „Grünzonenkonzept für den Bereich der Bezirke Mödling und Schwechat“ erstellt.



Foto: NÖ Dorf- und Stadterneuerung

Erste Konzeptidee. Dieses Konzept bestand aus einer Plandarstellung und einem schriftlichen Erläuterungsteil. Mit der Ausweisung von Grünzonen wollte man einerseits das weitere Zusammenwachsen der Siedlungen benachbarter Gemeinden

Echte Handarbeit. Gerade im heutigen digitalen Zeitalter mit Bildschirmarbeit und rascher Bereitstellung digitaler Daten für Plandarstellungen soll die damalige Herstellung der Grünzonenkonzeptkarte nicht in Vergessenheit geraten. Plangrundlage waren zwei Transparentfolien. Als Untergrund diente eine Grundkarte ÖK 50, auf der zweiten Folie wurden auf Leuchttischen händisch Eintragungen mittels Tuscheschreibern mit verschiedenen Strichstärken gesetzt. Die Ausbesserung von Fehlern beim Eintragen (heute ein Tastendruck bei der Computerarbeit) wurde mühsam mit Rasierklingen bewerkstelligt, indem der Fehler aus der Folie ausgekratzt wurde. Im Falle des Plans für das Grünzonenkonzept wurden – um den Konzeptcharakter zu verdeutlichen – dickere Strichsignaturen für die Darstellung der einzelnen Inhalte verwendet. Diese beiden Folien wurden schließlich zusammenmontiert, schwarz-weiß lichtgepaust und vervielfältigt.



Der „lange Arm“ der Regionalplanung war anfangs auch physisch tätig (heute gibt es PCs).

durch die Erhaltung von Grünbereichen verhindern und andererseits große zusammenhängende landwirtschaftliche Flächen schützen. Es waren die ersten planlichen Versuche, Bauland-erweiterungen durch das Vorliegen von überörtlichen Interessen zu steuern. Ein Vorschlag für die Linienführung eines Radwegenetzes, das großteils landwirtschaftliche Wegführungen benutzte und Anschlussstellen in die benachbarten niederösterreichischen Bezirke sowie nach Wien einschloss, ergänzte den Plan.

Versuch der Bürgerbeteiligung. Noch eine Anmerkung zu den Diskussionen des Grünzonenkonzepts, das einer breiten „Öffentlichkeit“ in den Bezirken vorgestellt wurde. Durch die Schwarz-Weiß-Darstellung überdeckten sich Signaturen teilweise mit dem Kartenuntergrund und erschwerten eine eindeutige Lokalisierung. Bei den Diskussionen wurden keine gewichtigen Einwände gegen das Konzept vorgebracht. Einzig die geplanten Radwegerouten auf Güterwegen wurden heftig kritisiert, da es zu dieser Zeit (1978) noch keine Erfahrungen über die Möglichkeit der gemeinsamen Benützung der Wege durch landwirtschaftliche Fahrzeuge und Radfahrer gab (Haftungsfrage).

Drei Jahre später wurde ein Realisierungsvorschlag für ein Radwegenetz auf Grundlage des Grünzonenkonzepts erstellt und in weiterer Folge verwirklicht.

Kontinuierliche Entwicklung. Aufbauend auf den Erfahrungen mit diesem Konzept wurden in den folgenden Jahrzehnten Regionale Raumordnungsprogramme (RegROP) für ausgewählte Landesgebiete als Verordnung erlassen. Während

Dialog regional im Spiegel der Zeit



Foto: Tiess

Foto: Tiess

das erste dieser Programme neben der Steuerung der Siedlungsentwicklung noch Ziele für die Aktivitäten des Naturschutzes und des Infrastrukturausbaues enthalten hat (RegROP Wiener Neustadt – Neunkirchen, 1982), kristallisierte sich relativ bald die Regelung der Materialgewinnung als ein Hauptaufgabengebiet der Überörtlichen Raumordnung heraus. So wurden in der Folge die „Zonalen Raumordnungsprogramme“ Untere Enns (1984) sowie Unteres Traisental (1988) erlassen. Auf Grund der Siedlungsdynamik wurden diese Programme in der ersten Hälfte der 1990er Jahre durch die Regionalen Raumordnungsprogramme Wien-Umgebung (1990) und NÖ Zentralraum (1994) ergänzt bzw. ersetzt. In Folge des technischen Fortschritts im Hinblick auf die verbesserte Lesbarkeit vielfarbiger Kartendrucke und der Nutzung digitaler Techniken wurden alle vorhandenen Programme zwischen 1999 und 2006 vollkommen neu gefasst und die Kartenbeilagen neu dargestellt.

Heute ist der Einsatz digitaler Techniken, im Speziellen von Geographischen Informationssystemen – sowohl in der Grundlagenforschung bzw. in der Erarbeitung von Entscheidungs-

grundlagen, als auch in der Erstellung der Kartenbeilagen der Regionalen Raumordnungsprogramme – unverzichtbar. Neben den technischen Neuerungen im Laufe der Zeit, hat sich, beginnend im letzten Jahr, auch der Versuch einer neuen inhaltlichen Bearbeitung herauskristallisiert.



Neue Akzente. Während bis dato die Kleinregionalen Rahmenkonzepte sowie die Regionalen Raumordnungsprogramme getrennt voneinander bearbeitet wurden, wird derzeit in einer Pilotregion die Verschränkung beider Instrumente angestrebt. Unter dem Leitgedanken der „Kooperation auf Augenhöhe“ soll in einem gemeinsamen Prozess von Gemeinden, Region und Land mit dem Namen „Regionale Leitplanung“ ein Leitbild zur räumlichen Entwicklung entlang der A5/S1/A22 erstellt werden.

Vor allem die Themen Siedlungs- und Standortentwicklung werden in einem wechselseitigen Diskurs von Gemeinden und Land bearbeitet. Hier kommt der kleinregionalen Ebene eine wichtige Rolle als Abstimmungs- und Aushandlungsplattform zu. Am Ende des Prozesses steht ein Programm mit ordnungsplanerischen sowie konzeptiven Aussagen.



Besonderheit Kleinregionen:

Ein niederösterreichisches Erfolgsrezept.

Die Zusammenarbeit in Kleinregionen hat in Niederösterreich seit Mitte der 1980er Jahre Tradition. Ein Blick über die vergangenen Jahre zeigt, dass die Kleinregion von der Zweckgemeinschaft im Interesse einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu einer Raumeinheit geworden ist, die in den Bereichen Daseinsvorsorge, Verwaltung und strategische Raumentwicklung innovative Lösungsansätze zu aktuellen Fragen findet.

Die Kleinregionen sind damals vor allem als Gegengewicht zur regionalen Ordnungsplanung und als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit etabliert worden. Anfangs haben sich die entstandenen Kooperationen daher auf die Erstellung eines Konzepts für die weitere positive Entwicklung – vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht – unter reger Beteiligung der Öffentlichkeit konzentriert. Basis für diese Aktivitäten bildeten die „Richtlinien für die Erstellung kleinregionaler Entwicklungskonzepte“ aus dem Jahr 1988. Weil „netzwerken“ immer wichtiger geworden ist und sich diese Art der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit sehr bewährt hat, wurde das „kleinregionale Prinzip“ im Jahr 2001 schließlich auch auf die Ordnungsplanung der Siedlungs- und Standortentwicklung ausgedehnt.

Das Ziel: nachhaltige Wirtschaftsweise. Eine nachhaltige Wirtschaftsweise ist auf allen Planungsebenen – von der europäischen über die Landesebene bis hin zur Gemeinde – wesentlicher Handlungsgrundsatz geworden und steht in Verbindung mit dem Ziel der „nachhaltigen“ Entwicklung. Als effizientes Instrumentarium dazu wird die Gliederung des



Foto: ASTEG, Josef Bairöder



Foto: Mag. Raichert



Foto: Regionalentwicklungsbereich Südtirols Weinviertel



Foto: Gottfried Auer



Foto: Holzinger



Foto: NO Werbung-Rita



Foto: REV Südliches Weinviertel DI Markus Weindl

Viele Themen – klare Ziele –
ein Grundgedanke:
Vernetzung und Kooperation als
Kleinregion spart Ressourcen und
vervielfacht den Erfolg.

Landes in Kleinregionen gesehen. Eine positive, ausgewogene Regional- und in der Folge auch Landesentwicklung erfordert, dass sich die Gemeinden einer Region gemeinsame Ziele setzen, die sie in ihrer gemeinsamen Arbeit erreichen wollen. Kleinregionen können nicht verordnet werden, ihre Bildung ist freiwillig und muss im Bewusstsein der Verantwortlichkeit aller Partner für Gemeinwohl und Nachhaltigkeit der regionalen Entwicklung erfolgen. Das Motto muss einmal mehr heißen: „Aus der Region für die Region“.

Der Leitsatz: Kooperation statt Konkurrenz.

Ursprünglich waren „Kleinregionale Entwicklungskonzepte“ dazu gedacht, Gruppen von Gemeinden, die sich aufgrund geografischer, sozialer, kultureller, ökologischer oder wirtschaftlicher Merkmale als eine Einheit empfinden, die Möglichkeit zu eröffnen, mit finanzieller Unterstützung des Landes Konzepte für die weitere Entwicklung einer derartigen „Kleinregion“ durch Fachleute erstellen zu lassen. Wichtig in diesem Zusammenhang war die Einbindung der ansässigen Bevölkerung im Rahmen von Arbeitskreisen in die Erstellung des Entwicklungskonzepts. Viele innovative und richtungsweisende Ideen für Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der jeweiligen Kleinregion sind bereits realisiert worden und haben wichtige Impulse für die beteiligten Gemeinden gebracht.

2001 wurden der Zusammenarbeit in einer Kleinregion neue Perspektiven eröffnet, indem Fragen der Raumordnung zum kleinregionalen Thema wurden. Diese Form der Kooperation mag eine große Herausforderung für die Gemeinden (gewesen) sein, denn es gilt, den „sicheren“ Weg der Kirchturmpolitik zu verlassen und nicht mehr um Betriebe oder Einwohner zu wetteifern, sondern die Interessen der einzelnen Gemeinden mit den Nachbargemeinden abzustimmen. Nur so kann eine sinnvolle, ressourcenschonende und damit nachhaltige Entwicklung gewährleistet werden. Als gemeinsames Arbeitsinstrument wurde dazu das „Kleinregionale Rahmenkonzept“ etabliert.

Das Erfolgsgeheimnis: klare Strukturen, gezielte Unterstützung.

Innerhalb von etwa zehn Jahren hat sich die Zahl der Kleinregionen in Niederösterreich fast verdreifacht. Das beweist, dass die Gemeinden die Notwendigkeit der Kooperation erkannt und die Zusammenarbeit schätzen gelernt haben. Klare Strukturen und maßgeschneiderte Unterstützungsinstrumente haben dazu massiv beigetragen:

- Neue Förderrichtlinien für die kleinregionale Zusammenarbeit im Jahr 2001 haben die Anreize für die Gemeinden zur Kooperation weiter ausdifferenziert. Die Höhe von Förderungen im Bereich der örtlichen Raumordnung wurde vom Vorliegen eines Kleinregionalen Rahmenkonzepts abhängig gemacht.
- Im Jahr 2003 wurde der **Kleinregionale Entwicklungsfonds** für innovative Projekte, die einen Mehrwert für die kooperierenden Gemeinden leisten, initiiert. Mit seiner Hilfe sollen neuartige Projektideen zur Umsetzung gelangen. Durch das Verfassen eines **Projekthandbuchs** werden die Resultate und Erfahrungen auch anderen Kleinregionen zugänglich gemacht. Seit der Einführung dieser Förderschiene wurden 44 Projektanträge aus den Kleinregionen genehmigt.
- Die Kleinregionen waren an der **Erarbeitung der Landesstrategie** (WIN-Prozess) maßgeblich beteiligt. In Workshops wurden die Themen der Landesentwicklung diskutiert und konkrete Umsetzungsmaßnahmen erarbeitet. Einige der im Rahmen des WIN-Prozesses entstandenen Kleinregionen haben hier erste Erfahrungen im Bereich gemeindeübergreifender Kooperation gesammelt und blieben auch nach Übergabe der Resultate an den Landeshauptmann im September 2004 kleinregional aktiv.
- Im Zuge der Neuausrichtung des Regionalmanagements in Niederösterreich wurde **je ein/e KleinregionsbetreuerIn in den Regionalmanagement-Büros** besetzt, sodass der Aufbau der Kleinregionen wesentlich vorangetrieben werden konnte.



Foto: Silvia Heister



Foto: Stadtgemeinde Wieselburg



Foto: Fritz Kalteis

- Im Jahr 2006 wurde eine **Startförderung für die Einrichtung eines Kleinregionsmanagements** eingeführt, die bislang von 30 Kleinregionen in Anspruch genommen wurde. Dabei wurden die Personalkosten der KleinregionsmanagerInnen auf drei Jahre finanziell unterstützt. Basierend auf einer **Evaluierung** des Kleinregionsmanagements im Jahr 2011 wurden neue Förderrichtlinien für das **Kleinregionsmanagement 2013+** herausgegeben. Ziel ist die weitere Professionalisierung im Management von Gemeindekooperationen (Qualifizierungs- und Beratungsschiene) sowie deren aktive Steuerung durch Ziel- und Wirkungsvereinbarungen zwischen Gemeinden und Land.
- 2008 wurden die **Themenfelder** für die kleinregionale Zusammenarbeit neu definiert, die den kleinregionalen Akteuren als Orientierung für die Zusammenarbeit dienen. Seither sind „Kleinregionale Identität & Marketing“, „Verwaltung & Bürgerservice“, „Technische Infrastruktur & Mobilität“, „Gesundheit & Soziales“, „Freizeit & Naherholung“, „Natur & Umwelt“, „Wirtschaft & Arbeitsmarkt“ sowie „Raumentwicklung“ der Rahmen für kleinregionale Projekte.
- 2009 wurden die **Förderrichtlinien** für Kleinregionale Entwicklungskonzepte neu definiert und **an neue Gegebenheiten angepasst**.

- Entsprechend diesen neuen Förderrichtlinien wurde auch die **Evaluierung Kleinregionaler Entwicklungskonzepte** aufgenommen, um Erfahrungen zu verwerthen und daraus neue Potentiale für die weitere Zusammenarbeit aufzeigen zu können.
- Der jährliche **NÖ Kleinregionentag** ist ein verbindender Treffpunkt den Kleinregionen geworden und hat sich als Forum für einen breiten Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung der AkteurInnen etabliert.
- 2011 ist die **kleinregionale Projekthomepage www.kleinregionen.at** online gegangen, die einen raschen Zugang zu Projektinformationen und Erfahrungswerten ermöglicht.

Die Idee der kleinregionalen Kooperation war vielleicht nicht neu, aber es konnten vor allem in den letzten zehn Jahren echte Quantensprünge geschafft werden. Die Herausforderung für die Zukunft wird es sein, weiterhin auf Änderungen möglichst rasch zu reagieren und den Kleinregionen optimale Rahmenbedingungen für ihre Zusammenarbeit zu bieten.



Foto: Kleinregion Waldviertler Hochland

Kleinregionen in NÖ aktuell:



Landesraumordnung und Landesentwicklungsplanung: Das „Ganze“ im Visier.

Im Rahmen der niederösterreichischen Raumordnungsaktivitäten auf Landesebene wurden im Laufe der Jahrzehnte immer wieder innovative Schritte gesetzt.



Auf Basis des NÖ Raumordnungsgesetzes begann man im damaligen Sachgebiet „Grundlagenforschung und Dokumentation“ der Presseabteilung (Leiter des Sachgebiets war Gerhard Silberbauer, der langjährige Leiter und „Vater“ der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik) mit der Konzeption von verordneten landesweiten Raumordnungsprogrammen für einzelne Sachbereiche.

Weg zum raschen Erfolg. Als am ersten Jänner 1972 die Abteilung „Raumordnung“ ihre Arbeit aufnahm, gab es bereits drei verordnete Raumordnungsprogramme, nämlich jenes zur „Verbesserung der Kommunalstruktur“ (bezüglich der

Gemeindezusammenlegungen), das so genannte Industrie-Raumordnungsprogramm und das Fremdenverkehrs-Raumordnungsprogramm. Dieser Weg, sukzessive für das gesamte Landesgebiet Sektorale Raumordnungsprogramme zu einzelnen Sach- bzw. Fachbereichen zu erstellen, wurde konsequent weiter verfolgt. Die Reihenfolge der Programme war dadurch bestimmt, dass in einigen Sachbereichen Problemlösungen dringlicher anstanden als in anderen. Durch diese Vorgangsweise waren raschere Ergebnisse zu erwarten, als bei der Strategie, ein umfassendes Landesraumordnungs- oder Landesentwicklungsprogramm für alle Fachbereiche samt raumstrukturellen Festlegungen zu erstellen. Allerdings – und das sollte nicht



Foto: Steve Haider

Foto: Markus Berger

Foto: ZVG

**Landesentwicklung:
Spannende Aufgabe mit
Visionen, Strategien, Konzepten –
und vielen Partnern.**

vergessen werden – wurde mit den sogenannten Sektoralen Landesraumordnungsprogrammen sowohl in der Politik, wie auch in der Verwaltung Neuland betreten, und man musste sich nicht zuletzt in der Verwaltung an überörtliche Raumordnung „gewöhnen“. Im Nachhinein gesehen war dieses „Step by Step“ die einzig richtige Vorgangsweise, denn ein alles abdeckendes Landesraumordnungsprogramm wäre zur damaligen Zeit wahrscheinlich gescheitert (wie dies schließlich auch bei einem Versuch in den späten 1980er-Jahren der Fall war).

Weg mit vielfachem Erfolg. So entstanden in der Folge acht weitere Sektoralen Landesraumordnungsprogramme, nämlich für das Kindergartenwesen, das Gesundheitswesen, für Land- und Forstwirtschaft, für das Schulwesen, das Freizeit- und Erholungswesen, für Sozialhilfe, das Verkehrs-Raumordnungsprogramm sowie das Zentrale-Orte-Raumordnungsprogramm zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung.

Markantes Kennzeichen der verordneten Programme war, dass sie über die Formulierungen von Zielen und die Bezeichnung von (allgemeinen) Maßnahmen hinausgingen und konkret

- Standorte oder Räume bezeichneten
- Aussagen zu ihrer Eignung und Ausbaufähigkeit enthielten sowie
- Funktionen, Größe oder Wirkungskreis von Infrastruktureinrichtungen definierten.

So etwa war das Schul-Raumordnungsprogramm die Vorbereitung für die letzte Phase der Pflichtschulreform samt Sprengelverordnung oder das Gesundheits-Raumordnungsprogramm ein Vorbild für die viel später konzipierten Spitalspläne des Bundes.

Weg mit Veränderung. Die Sektoralen Raumordnungsprogramme wurden in den folgenden Jahren teilweise durch Neufassungen, teilweise durch Novellierungen sowie teilweise durch Aufhebung als Verordnung immer wieder überarbeitet und verändert. Neben diesen Überarbeitungen waren die befassten MitarbeiterInnen gleichzeitig auch immer wieder für vielfältige Raumordnungsgutachten zu einzelnen Sachbereichen, zu Standortfragen oder zur Eignung von Standorten und Räumen für

bestimmte Funktionen gefragt. Das Sachgebiet „Sektorale Raumordnung“ leistete auch einen erheblichen Beitrag zur ersten Phase der regionalen Raumordnung.

Weg mit neuen Perspektiven. Ende 2001 wurde abermals der Versuch gestartet, ein umfassendes Landesprogramm zu erstellen, diesmal ausgehend von strategie- und prozessorientierten Studien. Diese etwas andere Vorgangsweise erwies sich schließlich als erfolgreich, und so konnte im Jahre 2004 das **NÖ Landesentwicklungskonzept** als „Strategie Niederösterreich“ fertig gestellt und von der NÖ Landesregierung beschlossen bzw. vom NÖ Landtag zustimmend zur Kenntnis genommen werden.

Von vornherein tendierte man dabei zur „Konzeptform“, das heißt: nicht zur eher starren und knappen Verordnungsform, sondern zu einer textlich breiteren und verständlichen Darstellungsart, veranschaulicht durch Karten, Grafiken und Abbildungen, wie dies eben ein nicht verordnetes „Konzept“ ermöglicht. Außerdem wurde innerhalb des Fachzirkels eine breitere Einbindung von Betroffenen in den Entstehungsprozess (nicht nur von betroffenen Abteilungen in der Landesverwaltung) gewählt.

Weg mit europäischer Dimension. Vielleicht war die Zeit damals „reif“ oder der „Zeitgeist“ günstig für das Unternehmen Landesraumordnungs- bzw. Landesentwicklungskonzept. Vielleicht wurde auch im Zusammenhang mit der Globalisierung und den immer vielfältigeren und komplexer werdenden Wirtschafts- und Lebensumständen das Bedürfnis nach Orientierung und Koordination stärker. Vielleicht war aber auch die vorgeschriebene EU-Programmplanung dafür verantwortlich, dass das Erstellen von Programmen und Konzepten wieder eine größere politische Akzeptanz erfährt. So entstanden auf europäischer Ebene das EUREK (Europäisches Raumentwicklungskonzept) und in Österreich das Österreichische Raumentwicklungskonzept ÖREK 2001. Eine Besonderheit in Niederösterreich mögen auch die Mitte der 1990er Jahre einsetzenden Deregulierungsbestrebungen in der Gesetzgebung sein: Hier stand auch die

Dialog NÖ im Spiegel der Zeit



Foto: ecoplus

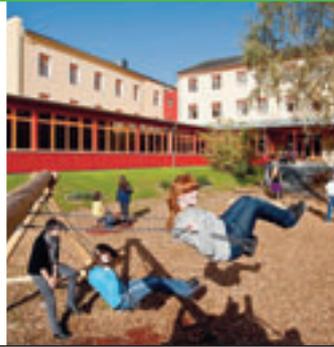


Foto: Jufa Raabs/Thaya



Außerkräftsetzung von überörtlichen Raumordnungsprogrammen zur Diskussion, was bewirkt hätte, dass die Überörtliche Raumordnung praktisch ohne Leitbilder und Entwicklungsvorstellungen dagestanden wäre.

Weg mit Strategie. Das NÖ Landesentwicklungskonzept ist als Grundsatzdokument, Informationsinstrument sowie als Koordinierungsinstrument anzusehen. Es geht auf die neuen Herausforderungen ein, bezeichnet das generelle Leitbild, benennt die Ziele zur Entwicklung räumlicher Strukturen und behandelt die Herausforderungen und Ziele zu sektoralen Entwicklungen. Die Umsetzung des NÖ Landesentwicklungskonzepts sollte durch „Teilkonzepte“ konkretisiert werden. Dazu wurden auf der einen Seite regionale Entwicklungskonzepte mit Blick auf die räumlichen Strukturen, auf der anderen Seite maßnahmenorientierte Sektorenkonzepte für neunzehn Themenbereiche erstellt – beide Seiten natürlich aufeinander abgestimmt und vernetzt. Die Sektorenkonzepte erlangten als „Sektorale Perspektiven“ den Status von verwaltungsinternen Arbeitspapieren für einzelne Fachabteilungen der Landesverwaltung.

Das NÖ Landesentwicklungskonzept und seine Folgekonzepte wurden in die „WIN-Strategie NÖ“ eingebettet, sodass ein gesamthaft und langfristig angelegter Prozess für Niederösterreich zu laufen begann.

Weg mit Zukunft. Ein grundlegender Quantensprung ergab sich für die Landesentwicklungsplanung – etwa ab der Jahrtausendwende – durch die rasante Entwicklung auf dem Gebiet der GIS-Technologie. Zu Beginn waren es immer besser werdende Tools zur kartographischen Darstellung von statistischen Daten und Analysen, bis in weiterer Folge eigene fachspezifische EDV-Module entwickelt wurden, die neue Perspektiven

für die künftige Entwicklung des Landes eröffnen. Unterstützt wird dies ebenfalls durch die Weiterentwicklung statistischer Datengrundlagen. Waren vor zwei Jahrzehnten Darstellungen auf Ebene der Verwaltungseinheiten (Gemeinden, Bezirke, ...) „Stand der Technik“, so ermöglichen heute Rasterdaten und georeferenzierte Standorte planerische Überlegungen unabhängig von Verwaltungsgrenzen. In Kombination mit Erreichbarkeits- und Potentialmodellen steht nunmehr dem Sachgebiet eine höchstmoderne „Werkzeugkiste“ für die Analyse der bisherigen Entwicklung sowie für die Planung einer optimierten künftigen Entwicklung zur Verfügung. Auch der „Sprung über die Grenze“ zu unseren Nachbarn im Norden und Osten schreitet

zünftig voran, sodass die früher gewohnten „weißen Flecken“ außerhalb des Landes immer mehr der Vergangenheit angehören.

Die beste Technik ist jedoch ohne „Wert“, wenn sie von niemandem bedient werden kann. Auch diesbezüglich zeichnet sich das Sachgebiet durch ein junges, überaus kompetentes Team aus, das ständig neue Methoden und Techniken in den Arbeitsalltag integriert.



Foto: K. Wierberg



EU-Regionalpolitik in Niederösterreich:

Regionale Potentiale mit innovativen Ansätzen verbinden.

Aufgabe der Regionalpolitik als raumwirksamer Staatstätigkeit ist es, mit Hilfe strategiegeleiteter, akkordierter Förderungs- und Entwicklungsmaßnahmen die Standortbonität, Wirtschaftsstruktur, Beschäftigungslage und Umweltqualität der Teilregionen eines Territoriums nachhaltig zu verbessern, wobei die jeweils vorhandenen räumlichen Potentiale und Ressourcen bestmöglich genutzt werden sollen.

Ziel ist vor allem ein Abbau regionaler Disparitäten, indem der Rückstand der strukturschwächeren, zumeist peripheren Teilräume (z. B. nördliches Grenzland, alte Industriegebiete im Süden Niederösterreichs) gegenüber den prosperierenden Zentralräumen verringert werden soll – ein ambitioniertes, schwieriges Unterfangen. Neben diesem „klassischen“ entwicklungspolitischen Ausgleichsziel rückte in jüngerer Zeit das Modernisierungs- und Wachstumsziel in den Vordergrund: Mit Hilfe regionalpolitischer Maßnahmen soll eine Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Gesamtregion (Land Niederösterreich) erreicht werden.

Lange Tradition. Die Regionalpolitik hat im Land Niederösterreich eine lange Tradition. 1972 wurde mit der Institutionalisierung der Raumordnung als eigener Fachabteilung innerhalb der NÖ Landesverwaltung auch eine zielgerichtete regionale Entwicklungspolitik, damals noch als Themenfeld der überörtlichen Raumordnung, begründet. Seit ihrer Pionierzeit hat die Regionalpolitik des Landes einen mehrfachen Wandel ihrer Strategien, Instrumente und ihres organisatorischen Rahmens durchgemacht. Von der zentralistisch-bürokratischen Planung und Regionalentwicklung „von oben“ mit Hilfe von Raumordnungsprogrammen (top down-Ansatz) über eine eigenständige („endogene“) Regionalentwicklung durch Mobilisierung regionsinterner Potentiale (bottom up-Ansatz) bis hin zur innovationsorientierten Regionalpolitik als adäquates Reagieren auf Globalisierung und neue Technologien mit Hilfe von Gründer- und Technologiezentren. Ab 1995, mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, entwickelte sich in der Regionalpolitik auf der Basis von EU-Programmen ein partizipatorischer Ansatz als Synthese zwischen top down und bottom up.



Foto: NÖ Werbung/Rita Newman



Foto: Julia Reabs/Thyga



Foto: Websteier/Schubert-Göstling

Dialog NÖ im Spiegel der Zeit



Foto: Ybbstaler Solebad Göstling



Foto: Jufa Raabs/Thaya



Foto: Sonnenplatz Großschönau

Offizielle Drehscheibe. Mit dem EU-Beitritt Österreichs hat die Regionalpolitik in Niederösterreich eine erhebliche Aufwertung in materieller wie in ideeller Hinsicht erfahren. Ab 1995 ist die niederösterreichische Regionalpolitik weitgehend identisch mit „EU-Regionalpolitik“. Die Regionalpolitik unter dem „Regime“ der EU-Strukturfonds erfolgt auf der Basis mehrjähriger Programme mit klar aufeinander abgestimmten Inhalten („Kohärenz“) und einem synergetischen Zusammenwirken aller für die Regionalentwicklung relevanten Akteure.

programmverantwortung innerhalb eines komplizierten Organisationssystems mit „Playern“ auf den verschiedensten geographischen Ebenen („Multi-level Governance“).

Europäischer Horizont. Die EU-Geschäftsstelle des Landes ist außerdem „Regionale Koordinierungsstelle“ für die drei grenzübergreifenden EU-Programme Österreich-Tschechische Republik, Slowakei-Österreich und Österreich-Ungarn im Rahmen des Strukturfonds-Ziels „Europäische Territoriale



Foto: Weinverlei-TourismusLahofler

Für die Erstellung und die ordnungsgemäße, effiziente Umsetzung dieser komplexen EU-Regionalförderprogramme wurde 1994 die „Geschäftsstelle des Landes NÖ für EU-Regionalpolitik“ als eigenes Sachgebiet im Rahmen der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik geschaffen. Sie fungiert als offizielle „Verwaltungsbehörde“ für die großen Zielprogramme der EU-Strukturfonds und hat in dieser Funktion die Gesamt-

Zusammenarbeit“ (früher „INTERREG“). Darüber hinaus beteiligt sich die EU-Geschäftsstelle an europäischen Netzwerken, nimmt die Interessen des Landes Niederösterreich auf dem Gebiet der Regionalbeihilfenregelungen (Abgrenzung eigener Förderungsgebiete) wahr und vertritt das Land in Fachfragen österreichweit (besonders im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz) und gegenüber der Europäischen



Foto: Whiskyerlebniswelt Waldviertler Roggenhof



Foto: Stadtgemeinde Krems



Foto: Najjar & Najjar Architekten

Kommission. Dazu zählen auch die Erstellung von Positionspapieren und die Mitarbeit an europäischen Initiativen.

Fokussierte Programme. Im Zusammenwirken mit einem verzweigten Institutionennetzwerk gelang es der EU-Geschäftsstelle, die EU-Strukturfondsprogramme in den bisherigen drei Förderperioden (1995–1999, 2000–2006 und 2007–2013) erfolgreich abzuwickeln. Die Gestaltung der neuen EU-Programmgeneration 2014–2020 wird gerade vorbereitet.

jedoch klarer auf strategisch bedeutsame Entwicklungsziele fokussiert. Die entsprechenden Leitlinien dazu lieferte die Europäische Kommission mit ihren Strategiepapieren „Agenda 2000“ (Periode 2000–2006) und „Lissabon“- bzw. „Göteborg-Strategie“ (2007–2013). Die „Strategie Europa 2020“ als fachlicher Orientierungsrahmen für die künftige Programmperiode 2014–2020 wird eine weitere Konzentration der Programme auf die Bereiche Innovation, Forschung, Technologie und CO₂-arme Wirtschaft mit sich bringen.

Sichtbare Erfolge. Im Rahmen der bis dato abgewickelten Programme wurden Projekte der wirtschaftsnahen Infrastrukturen (etwa Gründer-, Technologiezentren) und regionale Leitprojekte (z.B. Therme Laa/Thaya) errichtet, Industrie-, Gewerbe- und Tourismusbetriebe angesiedelt oder modernisiert, Forschungs- und Umweltschutzprojekte unterstützt und das Regionalmanagement, zahlreiche Stadterneuerungsprojekte sowie etliche weitere „Soft-Maßnahmen“ kofinanziert.

Mit der Öffnung der Ostgrenzen 1989 und der großen Erweiterung der EU 2004 ist Niederösterreich von einer Randlage wieder in eine zentralräumliche Position in einem sich neu formierenden Mitteleuropa gerückt. Die Programme im Rahmen der „Europäischen Territoriale Zusammenarbeit“ haben die Aufgabe, die lange Zeit unterbrochenen grenzüberschreitenden Beziehungen wieder zu normalisieren und zu intensivieren. Nach wie vor gilt es dabei, nicht nur physische Barrieren zu beseitigen, sondern vor allem auch die „Grenzen im Kopf“ abzubauen.

Neben den materiellen Erfolgen ist auch der immaterielle, der ideelle „Mehrwert“ der intensiven EU-Beteiligung an unserer Regionalpolitik wichtig. Dieser Zusatznutzen manifestiert sich vor allem in dem integrativen, strategieorientierten Ansatz, den die Programmplanung mit sich bringt, in dem Prinzip der Partnerschaft mit ihrer netzwerkartigen Einbindung aller maßgeblichen Akteure und Institutionen sowie in dem hohen Stellenwert der Evaluierung mit gesteigerten Lerneffekten. Niederösterreich begreift sich im EU-Zeitalter als ständig „lernende Region.“

Bei der strategisch-thematischen Gestaltung der EU-Regionalprogramme musste der besonderen Heterogenität Niederösterreichs mit seinen unterschiedlichen regionalen Problemlagen Rechnung getragen werden. Die Zielprogramme der ersten Generation hatten im Hinblick auf die Abstimmung der einzelnen Maßnahmen zueinander noch deutlich „additiven“ Charakter. In den beiden nachfolgenden Programmperioden wurden sie



Foto: ecoplus

NÖ Landesstatistik: Vom Rechenzentrum zur Servicestelle.



Foto: NÖ Dorf- und Stadterneuerung

Die NÖ Landesstatistik mit ihrem heutigen Leistungsumfang geht auf das Jahr 1985 zurück, als die Statistik von der Presse- zur Raumordnungsabteilung kam und in Maria Enzersdorf-Südstadt im sogenannten „Y-Gebäude“ Quartier bezog – mit vielen Rechen- und Breitwagenschreibmaschinen.



Foto: Junge Uni der FH Krems

Dass die Statistik keine eigene Abteilung, sondern ein Sachgebiet der Raumordnung geworden ist, hat sich im Laufe der Jahre auf ihre Weiterentwicklung sehr positiv ausgewirkt. Der damalige Abteilungsleiter, Dr. Gerhard Silberbauer, hatte mit diesem Schachzug nicht nur Weitblick bewiesen, er hatte auch ein offenes Ohr für technische Weiterentwicklungen und förderte diese intensiv. Mit dem wechselnden Personalbestand wurde schließlich eine Neuorientierung des Sachgebiets in Angriff genommen.

Erster Schritt: neues Outfit. Begonnen hat dieser Prozess mit der Neugestaltung des bereits bestehenden „Statistischen Handbuchs des Landes Niederösterreich“ das,

dank erster – heute würde man sagen primitiver – Computer in ein neues Format gebracht wurde. Für viele Mitarbeiter der Statistik war dies keine einfache Umstellung – verständlich, denn der PC war damals ein unbekanntes Wesen, für das sich in dieser Zeit nur Freaks begeistern konnten. Unvergessen bleiben aus dieser Zeit wohl Ereignisse, die heute absurd klingen und zeigen, dass die Maschine immer nur so gut ist, wie der Mensch, der sie bedient. Beispielsweise stellte die damalige EDV-Abteilung der Statistik eine externe Festplatte von 150 MB (!!) mit der Bemerkung „die reicht für alle Zeiten“ zur Verfügung. Ein anderes Manko zeigte sich bei der Präsentation des „neuen Handbuchs“: Abteilungsleiter Gerhard Silberbauer schlug es auf, blickte auf das Inhaltsverzeichnis und war irritiert, denn gleich auf der ersten Seite hatte sich ein Schreibfehler eingeschlichen: Statt „Bewölkung und relative Feuchtigkeit“ stand dort in schönen Lettern „Bevölkerung und relative Feuchtigkeit“ – immerhin das Jahr stimmte!

Zweiter Schritt: moderne Technik. Ungeachtet solcher kleiner Pannen, die natürlich auch noch heute gefürchtet sind, wurde nicht nur das Handbuch weiter entwickelt, sondern auch die technische Ausstattung laufend aufgerüstet und immer auf den letzten Stand gebracht, was vor allem der Voraussicht der Abteilungsleitung zu danken ist. Auch die Performance der PCs wurde laufend verbessert, neue Software wurde angekauft, und damit waren auch neue Möglichkeiten der Darstellung gegeben: leichter lesbare Tabellen, weniger Fehler, da in den Tabellen mit Formeln gearbeitet wurde anstatt mit „Tippstreifen“ oder leichtere Überprüfbarkeit der Werte. Aber auch hier blieb das Misstrauen einzelner Mitarbeiter bestehen, denn es ist nicht nur einmal passiert, dass richtige Werte aus einer Formelberechnung mit falschen eines Tippstreifens überschrieben wurden.



Foto: NÖ-Werbung/Franz Zwickl

Dritter Schritt: bedarfsorientierte Angebotsanpassung. In dieser Zeit lag das Hauptaugenmerk der Statistik im Publizieren verschiedenster Broschüren – von der Jugendwohlfahrt bis hin zum Fremdenverkehr. Aber es gab kein Echo von dem Empfängern, durch das man den Bedarf feststellen oder Verbesserungen einfließen lassen konnte. Und nach einem „Experiment“ mit der monatlichen Fremdenverkehrsstatistik wurden diese Publikationen schließlich eingestellt: Nach der Ausendung im April wurden die folgenden Monatsausgaben nicht mehr verschickt – aber es kamen keinerlei Anfragen, sodass man sich entschloss, Zeit und Kosten effizienter zu nutzen.

Vierter Schritt: erleichtertes Arbeiten. Auch die Form der Datenspeicherung hat sich natürlich gravierend geändert. War es früher die „Bibliothek“ mit Büchern voller Tabellen und Werte, auf die man zurückgreifen konnte, wurden im Laufe der Zeit Dateien mit ihren Inhalten immer wichtiger. Der Vorteil lag auf der Hand: kein fehlerbehaftetes Abtippen, sondern problemloses Kopieren der Daten, sofern sie richtig sortiert waren. Langsam kamen auch PC-Programme zum Einsatz, die eine flächenmäßige Darstellung verschiedenster Werte ermöglichten. Die NÖ Landesstatistik war von allen Statistik-Abteilungen der österreichischen Bundesländer die erste, die ein solches Programm testete und auch verwendete. Dazu gab es auch – wahrscheinlich einen der ersten in der Landesverwaltung – einen 20-Zoll-Monitor: Plötzlich konnte man beispielsweise eine Bevölkerungsveränderung oder eben auch andere Werte auf Gemeindeflächen darstellen und so optisch besser aufbereiten als in einer Tabelle mit 573 Gemeinden. Heute ist diese „schnelle Information“ selbstverständlich und nicht mehr wegzudenken. Ebenfalls nicht mehr aus dem Statistik-Alltag wegzudenken sind Informationen aus dem www – dem Internet.

Fünfter Schritt: vernetztes Arbeiten. Es gab aber nicht nur diese Art von Aufgaben in der NÖ Statistik. Für die Statistik Austria wurde von den Bundesländern der Mikrozensus durchgeführt. Eine zeitintensive Angelegenheit, da die „Interviewer“ geschult und betreut sowie schlussendlich jedes Quartal die

Fragebögen bearbeitet und in maschinell lesbarer Form weitergeleitet werden mussten. Auch die Länder profitierten davon, denn sie bekamen, sozusagen als „Gegenleistung“ von der Statistik Austria, die Ergebnisse zur Verfügung gestellt. Heute wird diese Tätigkeit direkt von der Statistik Austria mittels Call Center durchgeführt.

Sechster Schritt: vielseitiger Service. Die NÖ Statistik entwickelte sich immer mehr zu einem Servicezentrum für Politik, Dienststellen des Landes und natürlich auch für LandesbürgerInnen. Beispielsweise wurde jahrelang der NÖ Abfallwirtschaftsbericht in Zusammenarbeit mit der zuständigen Fachabteilung von der NÖ Statistik erhoben und ausgewertet, wodurch eine vormals externe Vergabe innerhalb der Landesverwaltung mit bedeutend weniger Kosten erledigt werden konnte. Andererseits brachte ein eigens für die Erhebung und Auswertung der Kindertagesheimstatistik geschriebenes Programm nicht nur zusätzliches Geld vom Bund, sondern – durch die zusätzliche Auswertung von Verwaltungsdaten – auch strukturelle Verbesserungen für die zuständige Fachabteilung.

Fixer Bestandteil ist in der Zwischenzeit auch die Gemeindegebarungsstatistik die in Zusammenarbeit mit der Gemeindeabteilung durchgeführt wird. Soweit es die Möglichkeiten erlaubten, hatte und hat man auch für Anliegen von BürgerInnen ein offenes Ohr – sei es, dass ein pensionierter Schuldirektor etwas über „seine Gemeinde“ publizieren wollte oder dass Studierende statistische Daten benötigten.

Siebter Schritt: gesetzliche Absicherung. Wohl eine der schwierigsten Aufgaben war es, die Politik davon zu überzeugen, dass Niederösterreich ein modernes Statistikgesetz braucht. Durch das Bundesstatistikgesetz 2000 hatte sich die Rechtslage bezüglich Weitergabe statistischer Daten geändert. Ohne entsprechende gesetzliche Regelung wäre Niederösterreich vom Datenzugriff bzw. von der Übermittlung statistischer Basisdaten ausgenommen gewesen. Also war dieses Gesetz eine unabdingbare Notwendigkeit, wollte man Teil des „statistischen Informationsflusses“ bleiben. Es war ein jahrelanger, schwieriger Prozess, aber es ist 2007 schließlich gelungen.



Die Themenvielfalt macht aus Statistik ein buntes und vielseitiges Handlungsfeld.

Achter Schritt: rasche Verfügbarkeit. Die Anforderungen an eine zeitgemäße Statistik in der heutigen schnelllebigen Informations- und Wissensgesellschaft sind vielfältig. Informationen und Daten werden stetig mehr und sind im Überfluss jederzeit verfügbar. Aufgabe der NÖ Landesstatistik ist es daher auch, Daten aufzubereiten und zur Verfügung zu stellen bzw. zugänglich zu machen. Nachgefragt werden einerseits aktuellste Informationen: So werden etwa von der Statistik Austria mittlerweile jährlich Daten aus Registern zu Bevölkerung, Wanderung, Geburten, Sterbefällen und auch Erwerbspersonen erhoben, wobei möglichst kleinräumige Informationen, etwa auf Basis regionalstatistischer Raster, ständig an Bedeutung gewinnen.

Neunter Schritt: erweiterter Horizont. Andererseits ist der Blick über die eigenen Grenzen hinaus unabdingbar: Internationale Standardisierungen und die Aufbereitung von Metadaten (INSPIRE, Open Data) sollen die Vergleichbarkeit von Daten ermöglichen. Durch die Implementierung von (Staats-) Grenzen überschreitenden Initiativen wie CentropoStatistics werden Daten leicht zugänglich und können grenzüberschreitend analysiert werden. Hier ist die Beurteilung und Sicherstellung von Qualität und Verlässlichkeit der Daten als Aufgabe der amtlichen Statistik essentiell.

Als Servicestelle wird von der NÖ Landesstatistik das Fachwissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingesetzt, um Fachabteilungen des Landes, externen Auftragnehmern, aber auch allen Bürgerinnen und Bürgern Hilfestellung zu bieten, wo welche Information zu finden und wie ein schneller Zugriff möglich ist. Nicht zuletzt erfolgt eine Unterstützung bei der Wahl der geeigneten Datengrundlagen, um Fragestellungen zu beantworten und die richtigen (!) Schlüsse zu ziehen.

5 Jahre RaumDialog – und fast schon 6!





English Summary



Spatial planning and regional policy – Reviewing four eventful decades. Forty years of the Department for Spatial Planning in Lower Austria is an anniversary demanding more than celebration – it is a chance to step back and look at a growing department tackling ever more extensive challenges, and its history of dealing with a wide range of issues using approaches based on dialogue and sustainability. It is also a chance to reflect on an interesting task with increasing significance for each and every one of us.

Local Spatial Planning – Bridging the municipality interests and legal regulations. The Department of Spatial Planning and Regional Policy has a team of twelve committed staff members specialising in local spatial planning. In addition to other tasks, the team aims to provide municipalities with the very best expert advice with regard to their local spatial planning strategies. There are several steps involved in providing this comprehensive and high-quality service.

Village and Town Revitalisation – Capacity building in towns and rural areas. Back in 1985, Lower Austria became the first province to introduce regulations for village revitalisation, thus laying the foundation for a unique success story and citizens' movement. In 1992, the range of this project was extended to include town revitalisation. Village and town revitalisation programmes are capacity building projects and supported by local initiatives.

It all started with a plan – Planning with a greater scope. Developing intermunicipal planning in Lower Austria within the wider context of spatial planning is inextricably linked with the development of corresponding legal regulations and steering mechanisms, such as regional spatial planning programmes.

Exceptional micro-regions – A Lower Austrian recipe for success. In Lower Austria, cooperation between micro-regions dates back to the 1980s. A review of the past few decades shows that micro-regions have developed from a community of convenience to a regional unit in the interest of promoting sustainable economic activities and providing innovative solutions to current issues in the fields of public services, administration and strategic spatial development.

Provincial spatial planning and provincial development planning – Seeing the big picture.

Lower Austrian spatial planning activities have led to many innovative measures being implemented at provincial level over the past few decades. They range from sectorial spatial planning programmes for individual policy areas to provincial development plans covering regional and sectorial plans as framework and guidelines.

EU regional policy in Lower Austria – Innovative approaches to linking regional potentials.

Regional policy in Lower Austria has shifted its focus from a top-down approach of centralised and bureaucratic regional development to a bottom-up strategy of autonomous regional development that mobilises regional potentials. This has led to an innovative regional policy that responds to the challenges of globalisation and new technologies. Austria's entry into the EU brought about a considerable boost, both in material and non-material ways.

Lower Austrian provincial statistics – From data to service centre.

The Lower Austrian Provincial Statistics started out as a centre for data collection and basic research, but has since developed into a service centre that assists provincial government policy departments, external contractors, and citizens in finding and accessing the information they require as quickly and easily as possible. The service centre also helps them to choose suitable sets of data for answering questionnaires thus coming to the correct conclusions.

Der eilige Leser

Raumordnung und Regionalpolitik: Ein Rückblick auf vier ereignisreiche Jahrzehnte. 40 Jahre Raumordnungsabteilung in Niederösterreich sind mehr als ein Jubiläum – sie beschreiben eine wachsende Abteilung, die mit immer umfangreicheren Aufgaben fertig werden muss, sie beschreiben die Arbeit an einer Querschnittsmaterie, deren Grundprinzipien Dialog und Nachhaltigkeit sein müssen, und sie beschreiben eine spannende Aufgabe, die immer mehr auch für jeden Einzelnen an Bedeutung gewinnt.

Örtliche Raumordnung: Zwischen Gemeindeinteressen und gesetzlichen Vorgaben. Das Sachgebiet der Örtlichen Raumordnung in der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik kennt man als Team von zwölf engagierten RaumplanerInnen, die im Zuge ihrer Gutachtertätigkeit auch darum bemüht sind, die Gemeinden in ihren Raumordnungsstrategien bestmöglich zu unterstützen. Der Weg zu diesem umfassenden und qualitätsvollen Service führt über mehrere Stationen.

Dorf- und Stadterneuerung: Hilfe zur Selbsthilfe in Stadt und Land. Niederösterreich hat im Jahr 1985 als erstes Bundesland Richtlinien zur Dorferneuerung beschlossen und damit den Grundstein zu einer einzigartigen Erfolgsstory und Bürgerbewegung gelegt. 1992 wurde diese Aktion mit der Stadterneuerung auf die Städte ausgeweitet. Dorf- und Stadterneuerung sind als Hilfe zur Selbsthilfe gedacht und werden von örtlichen Initiativen getragen.

Am Anfang war das Konzept: Planung im erweiterten Aktionsradius. Die Entwicklung der überörtlichen Planungen in Niederösterreich im Rahmen der Raumordnung ist untrennbar mit der Entwicklung ihrer gesetzlichen Regel- und Lenkungsmechanismen verbunden. Dazu gehören auch Regionale Raumordnungsprogramme.

Besonderheit Kleinregionen: Ein niederösterreichisches Erfolgsrezept. Die Zusammenarbeit in Kleinregionen hat in Niederösterreich seit den 1980er Jahren Tradition. Ein Blick über die vergangenen Jahre zeigt, dass die Kleinregion von der Zweckgemeinschaft im Interesse einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu einer Raumeinheit geworden ist, die in den Bereichen Daseinsvorsorge, Verwaltung und strategische Raumentwicklung innovative Lösungsansätze zu aktuellen Fragen findet.

Landesraumordnung und Landesentwicklungsplanung: Das „Ganze“ im Visier. Im Rahmen der niederösterreichischen Raumordnungsaktivitäten auf Landesebene wurden im Laufe der Jahrzehnte immer wieder innovative

Schritte gesetzt. Der Weg führte dabei von verordneten Sektoralen Raumordnungsprogrammen für einzelne Fachbereiche bis zum Landesentwicklungskonzept mit Regionalen und Sektoralen Folgekonzepten als Handlungsrahmen und -leitlinie.

EU-Regionalpolitik in Niederösterreich: Regionale Potentiale mit innovativen Ansätzen verbinden. Die Regionalpolitik im Land Niederösterreich hat sich von der zentralistisch-bürokratischen Regionalentwicklung (top down-Ansatz) über eine eigenständige Regionalentwicklung durch Mobilisierung regionsinterner Potentiale (bottom up-Ansatz) bis zur innovationsorientierten Regionalpolitik als adäquates Reagieren auf Globalisierung und neue Technologien entwickelt. Der EU-Beitritt Österreichs brachte eine erhebliche Aufwertung in materieller wie in ideeller Hinsicht.

NÖ Landesstatistik: Vom Rechenzentrum zur Servicestelle. Diente die NÖ Landesstatistik ursprünglich nur der Datenerhebung und damit der Grundlagenforschung, versteht sich dieses Sachgebiet heute als Servicestelle, die Fachabteilungen des Landes, externen Auftragnehmern, aber auch allen BürgerInnen Hilfestellung bietet, wo welche Information zu finden und wie ein schneller Zugriff möglich ist. Nicht zuletzt erfolgt eine Unterstützung bei der Wahl der geeigneten Datengrundlagen, um Fragestellungen zu beantworten und die richtigen(!) Schlüsse zu ziehen.



P.b.b. Vertragsnummer 07Z037287M
Verlagspostamt 3109 St. Pölten

www.noegv.at